



## Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Dienstag, 02.12.2014, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

**TOP 1**

**Stromlieferung für das Jahr 2015  
- Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung  
gefassten Beschlusses**

**Vorl.Nr. 341/14**

---

### **Beratungsverlauf:**

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet OBM Spec, dass der Stadt Ludwigsburg in Düsseldorf der Deutsche Nachhaltigkeitspreis in der Kategorie der Städte mittlerer Größe verliehen worden sei. Deswegen bedankt er sich bei dem Gemeinderat, der Verwaltung und der Bürgerschaft für deren Einsatz und Engagement für Nachhaltigkeit.

Sodann gibt OBM Spec bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 19.11.2014 folgender Beschluss gefasst worden sei:

- 1) Die Stadt Ludwigsburg beauftragt die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH (SWLB) mit der Beschaffung des städtischen Strombedarfs gemäß den in der Anlage zur Vorl. Nr. 341/14 genannten Losen und Strommengen. Der Umfang der Stromlieferung umfasst alle Verbrauchsstellen der Stadtverwaltung Ludwigsburg, inklusive der Stadtentwässerung Ludwigsburg (SEL), der Veranstaltungsstätten des Eigenbetriebes Tourismus & Events Ludwigsburg sowie den Lichtsignalanlagen für das Jahr 2015 mit Ökostrom.
- 2) Die genauen Stromkosten ergeben sich erst zum tatsächlichen Beauftragungszeitpunkt. Der in der Anlage zur Vorl. Nr. 341/14 genannte Preis beinhaltet 100 %-igen Ökostrombezug. Die Stadt Ludwigsburg verfolgt damit das Ziel, verstärkt regenerative Energien zu nutzen und deren Erzeugung zu fördern.

**TOP 2**

**Haushaltsplan 2015 und Finanzplanung mit  
Investitionsprogramm 2014 - 2018  
- Beratung und Entscheidung über Anträge zum  
Haushaltsplan (Vorl. Nrn. 465/14 bis 492/14 und  
494/14 bis 532/14)  
(Vorberatung)**

**Vorl.Nr. 387/14**

---

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** schildert einleitend das heutige Verfahren der Beratung, bei der man sich auf die haushaltsrelevanten Themen und Anträge konzentrieren wolle. Anschließend geht er auf die in den letzten Jahren erfolgte Haushaltskonsolidierung sowie das umgesetzte Investitionsprogramm ein.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) weist auf die 67 Anträge hin, die von den Mitgliedern des Gemeinderats zum Haushaltsplan 2015 und der Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2014 bis 2018 gestellt worden seien. Die Beratung der Anträge werde entsprechend des Fahrplans, siehe Anlage zur Niederschrift, nach Teilhaushalten erfolgen. Zunächst würden die Anträge bezüglich der Personalkosten mit dem Verwaltungsvorschlag zum Stellenplan 2015 diskutiert werden. Für die WKV-Sitzung am 09.12.2014 werde den Mitgliedern des Gemeinderates ein Änderungsverzeichnis mit allen beschlossenen Änderungen vorgelegt. Seit der Erstellung des Haushaltsplanentwurfes hätten sich noch einige Änderungen ergeben, z.B. durch die Übertragung von Haushaltsmitteln, die im Jahr 2014 nicht abgerufen werden konnten. Die Verwaltung habe nun eine aktuelle Hochrechnung erstellt, in der auf die ursprünglich vorgesehene Erhöhung der Grundsteuer verzichtet worden sei. Darüber hinaus enthalte sie eine globale Minderaufwendung von 1,3 Mio. Euro sowie Personalkosteneinsparungen über 302.000 Euro (siehe Vorl. Nr. 545/14). Mit einigen weiteren Verbesserungen, die im Fahrplan ausgewiesen seien, könne so ein positives Ergebnis in Höhe von 14.344,- Euro erreicht werden. Außerdem stellt er anhand einer Grafik die voraussichtliche Entwicklung der Liquidität dar, die ab 2016 bei 0 liegen würde.

Alle bereits im Fahrplan, siehe Anlage zur Niederschrift, ausgewiesenen und in der Sitzung angesprochenen Veränderungen der beratenen Teilhaushalte werden im Verlauf der Beratung vom Gremium zustimmend zur Kenntnis genommen.

## **TOP 2.1 - Stellenplan 2015**

**Vorl.Nr. 545/14**

---

### **Abweichender Beschluss:**

Der haushaltsrechtliche Stellenplan wird als Teil des Haushaltsplans 2015 mit einem Volumen von **1.113,12** Stellen beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb des 1. Quartals 2015 Einsparvorschläge im Volumen von 302.000€ zu unterbreiten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend:     Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
                          Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
                          Stadtrat Thomas Lutz

Ja 28   Nein 9   Enthaltung 1

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) legt dar, dass verschiedene Anträge zur Streichung von Stellen bzw. zur Einsparung bei den Personalkosten vorliegen würden, siehe Tagesordnungspunkte 2.1.1 bis 2.1.6. Die Verwaltung schlage deshalb, wie in der Vorl. Nr. 545/14

dargestellt, vor, dass die Personalkosten im Haushaltsplan um 302.000,- Euro reduziert werden und im 1. Quartal 2015 eine Konkretisierung dahingehend erfolge, wo die Personalkosten eingespart würden. Die Verwaltung werde hierzu Vorschläge in der Haushaltsstrukturkommission bzw. in den gemeinderätlichen Gremien unterbreiten. In diesem Zusammenhang erinnert er daran, dass in den Jahren 2003 bis 2009 ein kostenwirksamer Stellenabbau in Höhe von 65 Stellen erfolgt sei. Netto habe man zwischen 2003 und 2010 20 Stellen einsparen können. Anschließend sei es nicht mehr möglich gewesen, den Zuwachs an Stellen durch einen Abbau zu kompensieren.

Stadtrat **Herrmann** erklärt im Namen seiner Fraktion, dass diese dem Verwaltungsvorschlag der Vorl. Nr. 545/14 zustimmen könne, wenn die folgenden 4,0 Stellen im Stellenplan mit einem Sperrvermerk versehen werden:

- 1,0 Stellen CAFM und Softwarebetreuung Fachbereichsleitung Hochbau (CAD) (CDU-Antrag, Vorl. Nr. 471/14, Ziff. 3)
- 1,0 Stellen Abteilungsleitung Zentrale Dienste FB 65 Hochbau (CDU-Antrag, Vorl. Nr. 471/14, Ziff. 4)
- 2,0 Stellen für Landschaftsgärtner FB 68 TDL (CDU-Antrag, Vorl. Nr. 471/14, Ziff. 6)

Durch den Sperrvermerk solle erreicht werden, dass diese Stellen erst besetzt werden könnten, nachdem der Gemeinderat bzw. der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung der Besetzung zustimme. Außerdem müsse die Stelle eines Gesundheitsförderers entsprechend des Beschlusses des Gemeinderats aus dem Stellenplan gestrichen werden.

Stadtrat **Dr. Vierling** schildert, dass über die Hälfte der zusätzlichen Stellen für das Jahr 2015 nicht für den Bereich Bildung und Betreuung seien. Seine Fraktion spreche sich gegen Stellenmehrungen aus, die nicht für Bildung und Betreuung benötigt werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne der Vorl. Nr. 545/14 uneingeschränkt zustimmen. Da die Verwaltung am besten beurteilen könne, wo Personalkosten eingespart werden könnten, spreche er sich gegen den Antrag von Stadtrat Herrmann aus. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass die Personalkosten auch nach Abzug der vorgeschlagenen 302.000,- Euro noch steigen würden.

Stadträtin **Liepins** legt dar, dass sie mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden sei. Ihre Fraktion habe in dem Antrag ganz bewusst keine bestimmten Stellen genannt, da dies für die Verwaltung einfacher sei. Zum Antrag der CDU teilt sie mit, dass eine Verschiebung der Besetzung bis circa Februar in Ordnung sei. Allerdings könne sie nicht beurteilen, wie dringend dieses Personal benötigt werde. Weiter bestätigt sie, dass der Gemeinderat beschlossen habe, dass die Stelle des Gesundheitsförderers nicht im Stellenplan 2015 enthalten sein soll.

Stadtrat **Weiss** teilt mit, dass die Richtung des Verwaltungsvorschlages seiner Meinung nach richtig sei und seine Fraktion diesen positiv begleiten werde. Er betont, dass dies keine Entlassungen zur Folge habe, sondern lediglich die Stellenmehrungen reduziert würden. Die Mitglieder des Gemeinderates hätten beschlossen, die Stelle des Gesundheitsförderers für 2015 zu streichen.

Stadtrat **Heer** erinnert daran, dass die FDP eine Vielzahl von Vorschlägen zur Einsparung von Personal- und Sachkosten eingebracht habe. Er spreche sich auch für die Streichung des Gesundheitsförderers im Jahr 2015 aus.

Stadträtin **Dziubas** spricht sich gegen die Vorl. Nr. 545/14 aus, da Die Linke den Abbau von Stellen nicht befürworten könne. Die Stelle des Gesundheitsförderers solle jedoch für das Jahr 2015 gestrichen werden.

Stadträtin **Burkhardt** meint, dass die Verwaltung, auch aufgrund von zusätzlichen Aufgaben, vermutlich schwer auf den Stellenzuwachs verzichten könne. Sie könne der Vorl. Nr. 545/14 nur zustimmen, wenn bis zum Frühjahr 2015 auch Aufgabenkritik geübt werde. Sie vertritt den Standpunkt, dass ein Gesundheitsförderer erforderlich sei, wenn das Thema sinnvoll erfüllt werden

solle.

Stadtrat **Lettrari** spricht sich gegen den Abbau von Stellen aus, da er vermutet, dass kein Potenzial mehr für Einsparungen gegeben sei.

Bezugnehmend auf die Wortmeldung von Stadtrat Herrmann schildert Herr **Nitzsche** aus welchen Gründen die Stellen CAFM und Softwarebetreuung Fachbereichsleitung (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft), Abteilungsleitung Zentrale Dienste (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) sowie die 2,0 Stellen Landschaftsgärtner (FB Technische Dienste) erforderlich seien und somit ein Sperrvermerk nicht sinnvoll sei.

Stadtrat **Herrmann** bittet darum, in der heutigen Sitzung keine Einzelfälle zu diskutieren. Seine Fraktion halte die Stellen nicht für falsch, möchte allerdings nochmal darüber reden, sodass ein Sperrvermerk benötigt werde.

Stadtrat **Weiss** hält den Sperrvermerk ebenfalls für sinnvoll um zum Beispiel über die Schaffung der zusätzlichen Stellen für Landschaftsgärtner zu diskutieren.

Stadtrat **Gericke** könne dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Ein Sperrvermerk sei kontraproduktiv, da dieser einer Vorfestlegung gleiche.

OBM **Spec** und BM **Iik** betonen nochmals die Erforderlichkeit der von der CDU-Fraktion benannten Stellen bei den Fachbereichen 65 und 68.

Stadtrat **Eisele** spricht sich im Namen der FDP für die Vorl. Nr. 545/14 aus.

Abschließend stellt OBM **Spec** den folgenden Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung:

Die folgenden 4,0 Stellen werden im Stellenplan mit einem Sperrvermerk versehen, sodass diese Stellen erst besetzt werden können, nachdem der Gemeinderat bzw. der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung der Besetzung zustimme:

- 1,0 Stellen CAFM und Softwarebetreuung Fachbereichsleitung Hochbau (CAD) (CDU-Antrag, Vorl. Nr. 471/14, Ziff. 3)
- 1,0 Stellen Abteilungsleitung Zentrale Dienste FB 65 Hochbau (CDU-Antrag, Vorl. Nr. 471/14, Ziff. 4)
- 2,0 Stellen für Landschaftsgärtner FB 68 TDL (CDU-Antrag, Vorl. Nr. 471/14, Ziff. 6)

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Außerdem ruft OBM **Spec** zur Abstimmung über den folgenden Antrag von Stadtrat Herrmann auf:  
Die Stelle des Gesundheitsförderers wird entsprechend des Gemeinderatsbeschlusses vom 05.11.2014 aus dem Stellenplan 2015 gestrichen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Aufgrund dessen wird der Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 545/14 dahingehend abgeändert, dass das Stellenvolumen um eine Stelle auf 1.113, 12 Stellen verringert wird.

Darüber hinaus stellt Stadtrat **Gericke** den Antrag, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern, dass das Volumen der Einsparvorschläge um die somit bereits eingesparte Stelle des Gesundheitsförderers (circa 70.000 Euro) reduziert wird.

OBM **Spec** lässt über diesen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend bei allen Abstimmungen:

Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)

Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)

Stadtrat Thomas Lutz

Abschließend ruft OBM **Spec** zur Abstimmung über den wie oben dargestellten veränderten Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 545/14 auf.

---

<b>TOP 2.1.1</b>	<b>Kürzung der Personalkosten um 500.000 € - Antrag der SPD-Fraktion vom 19.11.2014</b>	<b>Vorl.Nr. 475/14</b>
------------------	---	------------------------

---

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 18.11.2014 bezüglich der Personalkosten, Vorl. Nr. 475/14, ist mit Beratung und Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 545/14 erledigt (siehe Tagesordnungspunkt 2.1).

---

<b>TOP 2.1.2</b>	<b>Stellenplan 2015 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.11.2014</b>	<b>Vorl.Nr. 480/14</b>
------------------	--	------------------------

---

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.11.2014 bezüglich des Stellenplans 2015, Vorl. Nr. 480/14, ist mit Beratung und Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 545/14 erledigt (siehe Tagesordnungspunkt 2.1).

---

<b>TOP 2.1.3</b>	<b>Keine Erhöhung der Grundsteuer A und B - Antrag der FDP-Stadträte vom 19.11.2014</b>	<b>Vorl.Nr. 514/14</b>
------------------	---	------------------------

---

**Beratungsverlauf:**



**Beratungsverlauf:**

Herr Kiedaisch (FB Finanzen) teilt mit, dass zu diesem Antrag im 1. Quartal 2015 ein Bericht im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt erfolgen werde.

**Beratungsverlauf:**

Herr Kiedaisch (FB Finanzen) sagt zu, dass die Verwaltung im 1. Quartal 2015 zu diesem Antrag im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt berichten werde.

**Beratungsverlauf:**

Herr Kiedaisch gibt bekannt, dass der Personalaufwand beim Referat Nachhaltige Stadtentwicklung um rund 170.000 Euro reduziert worden sei. Außerdem konnte eine weitere Reduzierung um 100.000 Euro erfolgen, da die Beschaffungsmaßnahmen für KSIS bereits im Jahr 2014 umgesetzt werden könne. Im Bereich Europa und Energie sei der Ansatz zudem um 100.000 Euro verringert worden.

Herr Geiger (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) ergänzt, dass die Reduzierung der Personalkosten aufgrund eines Planungsfehler bei der Veranschlagung erfolge und keine Streichung von Personal bedeute. Zu den Einsparvorschlägen der FDP-Stadträte berichtet er, dass im Jahr 2015 mehr Mittel aufgrund der stattfindenden Zukunftskonferenz und der Steuerungsunterstützung durch KSIS benötigt würden. Die Mittelerhöhung bei den STEPs sei aufgrund einer Änderung in der Veranschlagung entstanden.

Stadtrat Gericke regt an, ob ein Teil der Reduzierung eventuell nicht umgesetzt werden könne und die Mittel für Maßnahmen zum Klimaschutz mit Einwerbung von Drittmitteln verwendet werden könnten.

Herr Geiger entgegnet, dass dies aus seiner Sicht nicht erforderlich sei und die reduzierten Mittel tatsächlich nicht benötigt würden.

Der Antrag der FDP-Stadträte, Vorl. Nr. 514/14, ist hinsichtlich der Überprüfung von Einsparpotenzialen beim Referat Nachhaltige Stadtentwicklung sowie der Überprüfung der Kosten bei den STEPs (Ziffern 5 und 6 der Deckungs- und Einsparvorschläge) durch diese Erläuterungen

erledigt.

**TOP 2.2.4**

**Ausbau des CarSharing  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
19.11.2014**

**Vorl.Nr. 483/14**

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) teilt mit, dass zu diesem Antrag im 1. Quartal 2015 ein Bericht im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung erfolgen werde.

**TOP 2.2.5**

**Einsparung einer Z-Box  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
19.11.2014**

**Vorl.Nr. 498/14**

---

**Antragstext:**

Die angedachte Beschaffung einer großen bzw. zwei kleiner mobilen Z-Boxen, wird auf lediglich eine kleine Z-Box (zehn Stellplätze) reduziert.

Seite im HH-Plan:	Seite 29
Teilhaushalt:	05 – Referat Nachhaltige Stadtentwicklung
Produktgruppe:	Mobile Z-Boxen
Einsparung:	ca. 25.000 EUR

**Beratungsverlauf:**

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) führt aus, dass die Verwaltung den Vorschlag, den geplanten Ansatz für die mobilen Z-Boxen um 25.000,- Euro zu reduzieren, annehmen würde. Somit könne die weitere Entwicklung, vor allem im Entwicklungsbereich Ost, abgewartet werden.

Die Mitglieder des Gemeinderates erklären einmütig ihr Einverständnis dazu, sodass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 498/14, damit angenommen ist.

**TOP 2.2.6**

**Geringere Erhöhung Wirtschaftsförderung  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2014**

**Vorl.Nr. 470/14**

---

**Beratungsverlauf:**

Bezug nehmend auf den Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 470/14, führt Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) aus, dass die Erhöhung um rund 136.000 Euro für folgende Maßnahmen geplant sei:

1. Neuordnung aus anderen Bereichen des Referats:
  - Maßnahmen zur Offensiven Innenstadt: 40.000 Euro
  - Beteiligung am CSR-Forum: 20.000 Euro
  - Ausbau Filmfestival Naturvision: 15.000 Euro
  - Beteiligung Preisverleihung Ökodesignpreis: 20.000 Euro
2. Neumaßnahmen:
  - Komplementäranteil für Veranstaltung mit der Film- und Mediengesellschaft: 30.000 Euro
  - Erarbeitung und Umsetzung des Nutzungskonzeptes zur Weiterentwicklung des Werkes 1 von Mann + Hummel: 10.000 Euro

Da die gemeinsame Veranstaltung mit der Film- und Mediengesellschaft Baden-Württemberg nun nicht zustande komme, könnten die geplanten Haushaltsmittel für den Bereich Wirtschaftsförderung um 30.000 Euro verringert werden. Dieser Betrag könne dann für die teilweise Finanzierung eines freien WLAN-Netzes (siehe Tagesordnungspunkt 2.2.7) genutzt werden.

Stadtrat **Herrmann** erklärt, dass die Verwendung der Mittel für den Bereich der Wirtschaftsförderung aus den Unterlagen nicht ersichtlich gewesen sei. Die von Herrn Geiger erläuterten Beträge könnten jedoch nun in der vorgeschlagenen Höhe bestehen bleiben.

Die Mitglieder des Gemeinderates sind mit der Reduzierung um 30.000 Euro einverstanden, sodass der Antrag der CDU-Fraktion erledigt ist.

---

**TOP 2.2.7****Freies WLAN in Ludwigsburg****Vorl.Nr. 472/14****- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2014**

---

**Antragstext:**

Die Stadt Ludwigsburg ermittelt die Möglichkeiten und Kosten um in der Innenstadt oder in Teilen davon ein freies WLAN zu errichten und den Bürgern anzubieten. Dafür werden im Haushalt 2015 50.000,- € eingestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 29 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz

Ja 29 Nein 3 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** berichtet, dass die Verwaltung den Aufbau eines freien WLAN-Netzes befürworte. Derzeit würden Gespräche mit Anbietern geführt, sodass voraussichtlich im 1. Quartal 2015 ein konkreter Vorschlag vorliegen werde.

Stadtrat **Herrmann** begründet kurz den Antrag seiner Fraktion. Der Einstieg in das Thema Freies

WLAN-Netz würde auch einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten.

Stadträtin **Wiedmann** spricht sich im Namen ihrer Fraktion gegen den CDU-Antrag aus. Die hierfür beantragten Mittel sollten stattdessen für ein gutes Internetnetz in den Neubaugebieten verwendet werden.

Die Stadträte **Dr. O'Sullivan** und **Weiss** signalisieren ihre Zustimmung zu dem Antrag der CDU-Fraktion.

Sodann lässt OBM Spec über den Antrag Vorl. Nr. 472/15 abstimmen.

---

**TOP 2.2.8**                      **Reduzierung verschiedener Einzelposten -**                      **Vorl.Nr. 495/14**  
**Mitgliedschaft German Council of Shopping Centres**  
**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom**  
**19.11.2014**

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) teilt mit, dass die Verwaltung davon abrufe, die Mitgliedschaft im German Council of Shopping Centres (GCSC) zu kündigen. Zudem bietet er an, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über die Arbeit dieser Organisation zu berichten.

Die Fraktion erklärt, dass damit dieser Punkt des Antrags Vorl. Nr. 495/14 erledigt sei.

---

**TOP 2.2.9**                      **Reduzierung verschiedener Einzelposten -**                      **Vorl.Nr. 495/14**  
**Verschiebung Gemeinderatsausfahrt auf 2016**  
**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom**  
**19.11.2014**

---

**Antragstext:**

Der folgende Haushaltsansatz wird reduziert:

Verschiebung Gemeinderatsausfahrt auf 2016:

Seite im HH-Plan:     Seite 41  
Teilhaushalt:        08 – Büro Oberbürgermeister  
Produktgruppe:     Geschäftsstelle Gemeinderat  
Betrag:                rd. - 15.000 EUR

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 19 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend:     Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)

Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kube

Ja 19 Nein 14 Enthaltung 4

#### **Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** legt die Zielsetzung der Informationsreisen des Gemeinderates dar und spricht sich dafür aus, diese auch im Jahr 2015 zu veranstalten.

Stadtrat **Gericke** begründet den Antrag seiner Fraktion, der aufgrund eines akuten Sparzwangs und einer erheblichen Terminflut gestellt werde.

Stadtrat **Weiss** gibt an, dass die Fraktion der Freien Wähler nach der internen Diskussion unterschiedlich abstimmen werde.

Abschließend ruft OBM **Spec** zur Abstimmung über den Antrag auf.

**TOP 2.2.10**

**Kostenreduzierung Presse & Öffentlichkeitsarbeit  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2014**

**Vorl.Nr. 467/14**

---

#### **Abweichender Beschluss:**

Die Aufwendungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit werden um *25.000 Euro* reduziert.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kube  
Stadtrat Meyer

Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0

#### **Beratungsverlauf:**

Herr **Spear** (Büro Oberbürgermeister) schildert die Zielsetzung von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die vor allem der Information der Bürgerschaft diene. Durch die zusätzlichen Mittel soll die Öffentlichkeitsarbeit z. B. durch Kampagnen, Publikationen, Internet sowie häufigere Veröffentlichungen in den Mitteilungsblättern intensiviert werden.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass eine gute Kommunikation sehr wichtig für die Bürgerkommune und die Beteiligung der Bürgerschaft sei.

OBM **Spec** schlägt als Kompromiss vor, die geplanten Mittel für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit um 25.000 Euro zu reduzieren und lässt darüber abstimmen.

Der Antrag der CDU-Fraktion zu diesem Thema (Vorl. Nr. 467/14) sowie der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Vorl. Nr. 495/14, 3. Teil) sind mit der Beschlussfassung erledigt.

**TOP 2.2.11**                      **Reduzierung verschiedener Einzelposten - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**                      **Vorl.Nr. 495/14**  
**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.11.2014**

---

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Kürzung der Aufwendungen für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird gemeinsam mit dem Antrag der CDU-Fraktion, 467/14, zur Beratung aufgerufen.

Der Antrag Vorl. Nr. 495/14 ist mit der Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 2.2.10 erledigt.

Zum Beratungsverlauf sieh Tagesordnungspunkt 2.2.10.

**TOP 2.2.12**                      **Interkommunale Zusammenarbeit**                      **Vorl.Nr. 486/14**  
**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.11.2014**

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) nennt die bisherigen Aufgaben, die die Stadt Ludwigsburg im Zuge der Interkommunalen Zusammenarbeit für andere Kommunen wahrnimmt. Weiter bittet er darum zu berücksichtigen, dass für einen Ausbau der Interkommunalen Zusammenarbeit auch entsprechende personelle und räumliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssten.

EBM **Seigfried** regt an, dieses Thema in der Haushaltsstrukturkommission aufzugreifen.

Stadtrat **Herrmann** vertritt den Standpunkt, dass die Stadtverwaltung hier schon auf einem guten Weg sei. Deswegen hält er weitere Diskussionen dazu für nicht erforderlich.

Stadtrat **Dr. Vierling** stellt klar, dass der Antrag seiner Fraktion auf eine konsensuale Lösung ausgerichtet sei. Damit solle das Bewusstsein für die Chancen der Interkommunalen Zusammenarbeit geschärft werden. Seiner Ansicht nach müsse der Fortschritt bei diesem Thema schneller umgesetzt werden.

OBM **Spec** betont, dass die Stadt Ludwigsburg bereits den Kommunen im Landkreis Ludwigsburg Angebote für Interkommunale Zusammenarbeit unterbreitet habe. Um diese auszubauen müssten nun die anderen Kommunen auf die Stadtverwaltung zukommen.

Stadtrat **Weiss** erinnert daran, dass die Verwaltung bereits mehrmals zum Ausbau der  
Protokollauszug Gemeinderat 02.12.2014

---

Interkommunalen Zusammenarbeit berichtet habe, sodass der Antrag nicht nötig sei.

Stadtrat **Heer** bestätigt, dass der Ausbau der Interkommunalen Zusammenarbeit bereits heute eine ständige Aufgabe der Verwaltung

Stadtrat **Dr. Vierling** nimmt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 486/14, aufgrund der erfolgten Aussprache zurück.

**TOP 2.2.13**

**Verzicht auf Alkohol bei Empfängen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
19.11.2014**

**Vorl.Nr. 496/14**

---

**Antragstext:**

Bei Empfängen wird tagsüber und in Schulen und Kindergärten grundsätzlich auf den Ausschank von Alkohol verzichtet und die Bewirtung kostengünstiger gestaltet. Bei abendlichen Veranstaltungen wird seltener Alkohol ausgeschenkt. Die Stadtverwaltung wirkt darauf hin, dass von ihr unterstützte Institutionen dies ebenso umsetzen.

Seite im HH-Plan: Seite 41  
Teilhaushalt: 08 Büro Oberbürgermeister  
Produktgruppe: Geschäftsstelle Gemeinderat  
Betrag: - 5000 Euro

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube

Ja 7 Nein 27 Enthaltung 2

**Beratungsverlauf:**

Stadträtin **Dr. Knoß** begründet kurz den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und weist darauf hin, dass es vor allem um den Ausschank von Alkohol tagsüber sowie an Kindergärten oder Schulen gehen.

Stadtrat **Braumann** erklärt, dass seine Fraktion diesen Antrag mehrheitlich ablehnen werde.

Stadträtin **Liepins** und Stadtrat **Eisele** sprechen sich ebenfalls gegen den Antrag aus, könnten jedoch die Anregung zum Verzicht von Alkoholausschank an Schulen und Kindergärten befürworten.

Die Stadträte **Rothacker** und **Lettrari** teilen ebenfalls ihre Ablehnung des Antrags mit.

Sodann lässt OBM Spec über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 496/14, abstimmen.

**TOP 2.2.14**                      **Verkauf Gelände Ecke Comburgstraße/Friesenstraße**                      **Vorl.Nr. 523/14**  
**an die kath. Kirchengemeinde St. Paulus**  
**- Antrag der FDP-Stadträte vom 19.11.2014**

---

**Beratungsverlauf:**

OBM Spec sagt zu, dass die Verwaltung im 1. Halbjahr 2015 zu diesem Antrag im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung berichten werde.

**TOP 2.2.15**                      **Reduzierung des Ansatzes zum Erwerb von**                      **Vorl.Nr. 499/14**  
**Grundstücken**  
**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom**  
**19.11.2014**

---

**Antragstext:**

Der Ansatz zum Erwerb von Grundstücken wird um 1 Mio. Euro reduziert.

Seite im HH-Plan:     Seite 89  
Teilhaushalt:         23 – FB Liegenschaften  
Produktgruppe:       Grundstücksverkehr  
Betrag:                 - 1.000.000 EUR

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend:     Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
                              Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
                              Stadtrat Thomas Lutz  
                              Stadtrat Kasdorf  
                              Stadtrat Kube

Ja 9    Nein 27    Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Die Anträge Vorl. Nr. 499/14 (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sowie 525/14 und 526/14 (Stadträtin Burkhardt) werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

OBM Spec teilt mit, dass die Verwaltung im 1. Quartal 2015 berichten könne, wie hoch die Kosten bzw. der Nutzen eines Neubaugebietes seien. Er rate dringend davon ab, die veranschlagten Mittel

zu reduzieren.

Stadtrat **Gericke** stellt klar, dass seine Fraktion nichts gegen die Ausweisung von Wohnbaugebieten einzuwenden habe, aber die hohe Geschwindigkeit hinterfrage.

Stadträtin **Burkhardt** begründet kurz die beiden von ihr gestellten Anträge Vorl. Nr. 525/15 und 526/15 und betont, dass Neubaugebiete nicht nachhaltig seien.

OBM **Spec** plädiert dafür, jede Möglichkeit für eine vorausschauende Grundstückspolitik zu nutzen. Ein Bericht mit ausführlicher Diskussion könne gerne im Jahr 2015 erfolgen.

Aufgrund der Relevanz für den Haushaltsplan 2015 lässt OBM **Spec** über die Anträge 499/14 und 525/14 abstimmen.

Zu dem Antrag Vorl. Nr. 526/14 stellt Stadtrat **Herrmann** aufgrund des damit verbundenen Verwaltungsaufwandes den Antrag, dass die Verwaltung keine entsprechende Zusammenstellung erarbeiten solle.

Die Abstimmung zu diesem Antrag erfolgt offen.

Der Antrag von Stadtrat Herrmann wird mit 18 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube

---

**TOP 2.2.16**

**Keine Ausweisung von neuen Wohnbauflächen  
bis 2018  
- Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom  
19.11.2014**

**Vorl.Nr. 525/14**

---

**Antragstext:**

Der Gemeinderat beschließt:  
Im Finanzplanungszeitraum bis 2018 werden in Ludwigsburg keine neuen Wohnbauflächen ausgewiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 32 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf

Ja 1 Nein 32 Enthaltung 3

**Beratungsverlauf:**

Die Anträge Vorl. Nr. 499/14 (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sowie 525/14 und 526/14 (Stadträtin Burkhardt) werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.15.

---

<b>TOP 2.2.17</b>	<b>Wirkliche Kosten eines Neubaugebietes am Beispiel "Jahnstraße" in Poppenweiler - Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 19.11.2014</b>	<b>Vorl.Nr. 526/14</b>
-------------------	---	------------------------

---

**Beratungsverlauf:**

Die Anträge Vorl. Nr. 499/14 (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sowie 525/14 und 526/14 (Stadträtin Burkhardt) werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.15.

---

<b>TOP 2.2.18</b>	<b>Überprüfung Zuschusshöhe Blühendes Barock und Ludwigsburger Schlossfestspiele - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.11.2014</b>	<b>Vorl.Nr. 497/14</b>
-------------------	--	------------------------

---

**Antragstext:**

Die Stadtverwaltung überprüft angesichts bestehender Rücklagen und rücklagenähnlicher Bilanzgewinne die Erforderlichkeit der Zuschussbeträge von 400.000 € an die Blühendes Barock LB GmbH und von 800.000 € an die Ludwigsburger Schlossfestspiele.

Seite im Haushaltsplan:	S. 102 und S. 389
Teilhaushalte:	41 und 90
Produktgruppe:	Musikpflege und Stadtmarketing/Tourismus/ Veranstaltungen

**Beratungsverlauf:**

OBM Spec erläutert, dass der Zuschuss an die Ludwigsburger Schlossfestspiele in den letzten 10 Jahren nicht erhöht worden sei. Zwischendurch sei eine Kürzung des Zuschusses um 10 % mit anschließender Rücknahme der Kürzung erfolgt. Der Aufsichtsrat der Schlossfestspiele lege Wert darauf, dass eine gewisse Mindestrücklage vorhanden sei, da vor allem die Open-Air-Veranstaltung stark von der Witterung abhängt und nicht gewollt sei, dass die Schlossfestspiele aufgrund einer Veranstaltung bei schlechter Witterung in die Verlustzone gelange. Deswegen solle der Zuschuss nicht reduzieren werden.

Stadtrat **Dr. Vierling** erklärt im Namen seiner Fraktion, dass sich deren Antrag, Vorl. Nr. 497/14, bezüglich der Schlossfestspiele durch diese Ausführung erledigt habe.

**TOP 2.2.19**

**Einstellung von Mein LB**

**Vorl.Nr. 492/14**

**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
19.11.2014**

---

**Beratungsverlauf:**

Bezüglich der Ziffer 1 des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sagt OBM **Spec** zu, dass die Verwaltung gerne im 1. Quartal 2015 zu den Tätigkeiten auf der Online-Plattform „Mein LB“ berichten werde.

Stadträtin **Wiedmann** erklärt im Namen ihrer Fraktion, dass der Antrag damit erledigt sei.

**TOP 2.2.20**

**Anschaffung von 500 Plakatständern**

**Vorl.Nr. 465/14**

**- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2014**

---

**Antragstext:**

Der Haushaltsansatz „Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen“ wird von 365.000 Euro um 313.000 Euro auf 52.000 Euro reduziert.

Seite im HH-Plan: S.131 gelb  
Teilhaushalt: 32  
Produktgruppe: 7932  
Betrag: 313.000 EUR weniger Ausgaben

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen und gemeinsam mit dem gleichlautenden Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 505/14.

Der Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube

Ja 28 Nein 6 Enthaltung 2

**Beratungsverlauf:**

Die Anträge Vorl. Nr. 465/14 der CDU-Fraktion und Vorl. Nr. 505/14 der FW-Fraktion werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

---

Dazu schlägt OBM **Spec** vor, den Vorschlag der Verwaltung zu Beschaffung von Plakatständern nächstes Jahr in einer Ausschusssitzung ausführlich vorzustellen und die Mittel bis dahin mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Stadtrat **Gericke** teilt mit, dass er sich diesem Verfahrensvorschlag anschließen könne.

Die Stadträte **Braumann, von Stackelberg** und **Rothacker** sprechen sich dafür aus, die veranschlagten Mittel für die Anschaffung von Plakatständern zumindest für 2015 zu streichen.

Sodann lässt OBM **Spec** über die beiden gleichlautenden Antrag Vorl. Nr. 465/14 und Vorl. Nr. 505/14.gemeinsam abstimmen.

TOP 2.2.21	Beschaffung von 500 Plakatständern zurückstellen - Antrag der FW-Fraktion vom 19.11.2014	Vorl.Nr. 505/14
------------	---	-----------------

---

#### **Antragstext:**

Die Beschaffung von 500 Plakatständern ist zurückzustellen.

Seite im HH-Plan:	131
Teilhaushalt:	32
Produktgruppe:	7932
Betrag:	313.000,-- Euro

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen und gemeinsam mit dem gleichlautenden Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 465/14.

Der Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube

Ja 28 Nein 6 Enthaltung 2

#### **Beratungsverlauf:**

Die Anträge Vorl. Nr. 465/14 der CDU-Fraktion und Vorl. Nr. 505/14 der FW-Fraktion werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.20.

**Antragstext:**

Der folgende Haushaltsansätze wird reduziert:

Segways für Kommunalen Ordnungsdienst und Straßenvollzugsdienst:

Seite im HH-Plan: Seite 131

Teilhaushalt: 32 – FB Sicherheit und Ordnung

Produktgruppe: Allgemeine Beschaffungen Teilhaushalt 32

Betrag: - 20.000 EUR

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 30 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube

Ja 30 Nein 3 Enthaltung 3

**Beratungsverlauf:**

Nachdem EBM **Seigfried** und Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) kurz erläutern, weshalb Segways sinnvoll wären, ruft OBM **Spec** zur Abstimmung über den 4. Teil des Antrags Vorl. Nr. 495/14 auf.

**Antragstext:**

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO), §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und § 4 Landesgebührengesetz (LGebG) wird die Änderung des Gebührenverzeichnisses der Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen zum 01.01.2015 wie folgt beschlossen:

Analog zur Erhöhung der Gebühr für die Amtshandlung der Ausstellung eines Waffenscheines (§  
Protokollauszug Gemeinderat 02.12.2014

---

10 Abs. 4 WaffG, Gebührenverzeichnis Nr. 17.4.19) von 152 € auf 200 € seit 01.07.2014 werden zum 01.01.2015 auch die Gebühren für die anderen waffenrechtlichen Amtshandlungen (Gebührenverzeichnis Nr. 17.4.1 bis 17.4.18 sowie 17.4.20 bis 17.4.35) um 32 % gegenüber den vor dem 01.07.2014 geltenden Beträgen erhöht.

Seite im Haushaltsplan: S. 136  
Teilhaushalt: 32  
Produktgruppe: Ordnungswesen  
Betrag: - 5.000 Euro

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube

Ja 10 Nein 26 Enthaltung 0

### **Beratungsverlauf:**

Stadtrat **Dr. Vierling** begründet den Antrag seiner Fraktion zur Veränderung der Gebührensatzung, Vorl. Nr. 488/14. Aufgrund der kürzlich beschlossenen Erhöhung der Gebühr für die Ausstellung eines Waffenscheins sollten nun konsequenterweise auch die Gebühren für ähnliche Amtshandlungen erhöht werden.

Stadtrat **Herrmann** erklärt, dass seine Fraktion diesen Antrag ablehne, da die beantragte Erhöhung vor allem Sportschützen und Jäger betreffe. Darüber hinaus sehe er keinen Anlass zur Erhöhung, da die jetzigen Gebühren kostendeckend seien.

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) legt dar, dass für die beantragte pauschale Erhöhung keine Rechtsgrundlage vorliege. Bei der Gebühr für die Ausstellung eines Waffenscheins seien andere rechtliche Voraussetzungen gegeben.

Daraufhin lässt OBM Spec über den Antrag Vorl. Nr. 488/14 abstimmen.

**TOP 2.2.24**

**Erneuerung bestehender  
Verkehrsüberwachungsanlagen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
19.11.2014**

**Vorl.Nr. 491/14**

---

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) informiert darüber, dass im Jahr 2015 die Ausweitung der mobilen Verkehrsüberwachung vorgesehen sei. Im 1. Halbjahr 2015 erfolge ein Bericht zu den

Vor- und Nachteilen von stationärer und mobiler Überwachung.

Auf Vorschlag von Stadtrat **Gericke** sagt OBM **Spec** zu, dass bis zur morgigen Sitzung des Gemeinderates geprüft werde, ob die Auszahlungsansätze für die Verkehrsüberwachungsanlagen mit den Mehreinnahmen durch die verstärkten Kontrollen gegenseitig deckungsfähig seien.

**TOP 2.2.25**

**Feuerwehr - Kürzung der Investitionen um  
100.000 €  
- Antrag der FW-Fraktion vom 19.11.2014**

**Vorl.Nr. 509/14**

---

**Antragstext:**

Die jährlichen Auszahlungen für Investitionen im Brandschutz sind um 100.000,-- € pro Jahr zu kürzen.

Seite im HH-Plan: 142  
Teilhaushalt: 32  
Produktgruppe: 1260  
Betrag: 100.000,-- Euro

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube

Ja 7 Nein 25 Enthaltung 4

**Beratungsverlauf:**

Herr **Thoß** (FB Sicherheit und Ordnung) berichtet, dass die Beschaffung des Mehrzweckbootes dringend erforderlich sei, da Marbach und die DLRG die Hilfsfristen im Ludwigsburger Gebiet nicht einhalten könnten. Er sehe keine Möglichkeit, wie beantragt jährlich 100.000 Euro einzusparen, da die Investitionen größtenteils Ersatzbeschaffungen seien. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Feuerwehr der Stadt Ludwigsburg mit einem Deckungsbeitrag von rund 20 % sehr wirtschaftlich arbeite.

Stadtrat **Weiss** begründet kurz den Antrag der Freien Wähler, der seiner Meinung nach umsetzbar sei.

Stadtrat **Noz** berichtet, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen könne und spricht sich für die Umsetzung des beschlossenen Brandschutzbedarfsplans aus.

Abschließend ruft OBM **Spec** zur Abstimmung über den Antrag Vorl. NR. 509/14 auf.

**TOP 2.2.26**

**Planungsrate Bildungszentrum West  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
19.11.2014**

**Vorl.Nr. 481/14**

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) teilt mit, dass in dem Entwurf des Haushaltplanes bereits eine Planungsrate in Höhe von 250.000 Euro für das Bildungszentrum West enthalten sei.

Damit ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 481/14 erledigt.

**TOP 2.2.27**

**Verschiebung des Neubaus eines Stadtbades  
- Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom  
19.11.2014**

**Vorl.Nr. 530/14**

---

**Beratungsverlauf:**

Stadträtin **Burkhardt** begründet kurz ihren Antrag Vorl. Nr. 530/14. Aufgrund der aktuellen finanziellen Situation sei sie der Meinung, dass man mit der Bau auch eine Weile pausieren könne. Darüber hinaus zeichne sich auch deutlich ab, dass die Kosten für diese Baumaßnahme die besprochenen 7 Mio. Euro übersteigen werde.

OBM **Spec** legt dar, dass das Schul- und Vereinsbad als Ersatz für das bisherige Stadtbad von Stadtwerken gebaut werde und mit der Baumaßnahme bereits begonnen worden sei. Aufgrund dessen sei eine Verschiebung nicht sinnvoll.

Anschließend zieht Stadträtin **Burkhardt** ihren Antrag, Vorl. Nr. 530/14, zurück.

**TOP 2.2.28**

**Zusammenstellung aller an Ludwigsburger  
Grundschulen notwendigen Umbaumaßnahmen inkl.  
Außenbereiche  
- Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom  
19.11.2014**

**Vorl.Nr. 527/14**

---

**Beratungsverlauf:**

Die Beratung des Antrags von Stadträtin **Burkhardt**, Vorl. Nr. 527/14, wird in die Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales verwiesen.

**TOP 2.2.29**

**Beitritt zum Gesunde-Städte-Netzwerk  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
19.11.2014**

**Vorl.Nr. 494/14**

---

**Beratungsverlauf:**

EBM Seigfried erklärt, dass die Verwaltung einen eventuellen Beitritt im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zur Beratung aufrufen werde. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel können über das Budget des Fachbereichs Sport und Gesundheit gedeckt werden.

Dadurch ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 494/14, erledigt.

**TOP 2.2.30**

**Keine Erhöhung der Grundsteuer A und B  
- Stadtverbandtrainer Fußball  
- Antrag der FDP-Stadträte vom 19.11.2014**

**Vorl.Nr. 514/14**

---

**Beratungsverlauf:**

OBM Spec schildert, dass sich der FDP-Antrag hinsichtlich der Ziff. 2 (Verzicht auf die Bezuschussung eines Stadtverbandstrainers Fußball) erledigt habe, da hierzu bereits eine Entscheidung des Gemeinderats vorliege. Darüber hinaus sei der Antrag nicht mehr erforderlich, da auf die Grundsteuererhöhung verzichtet werde.

Stadtrat Heer bestätigt, dass sich der Antrag der FDP-Stadträte, Vorl. Nr. 514/14, hinsichtlich des Stadtverbandstrainers Fußball erledigt habe.

**TOP 2.2.31**

**Planungsrate für die Mehrzweckhalle Obweil auf die  
Mehrzweckhalle Oststadthalle übertragen  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 19.11.2014**

**Vorl.Nr. 476/14**

---

**Abweichender Antragstext:**

*Im Haushalt für das Jahr 2015 wird eine Planungsrate in Höhe von 125.000,- Euro für die Oststadtsporthalle eingestellt (bisher erst in 2016 vorgesehen).*

*Die Planungsrate in Höhe von 125.000,- Euro für die Mehrzweckhalle Obweil wird im Gegenzug in den Haushalt 2016 verschoben (bisher im Jahr 2015 vorgesehen).*

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 25 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube  
Stadtrat Dr. Schwytz  
Stadträtin Dr. Knoß

Ja 25 Nein 7 Enthaltung 2

### **Beratungsverlauf:**

Die Anträge Vorl. Nr. 476/14 (SPD-Fraktion), 511/14 (FW-Fraktion) sowie 522/14 (FDP-Stadträte) werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

OBM **Spec** teilt mit, dass für die Sporthalle Poppenweiler derzeit noch keine Planungsmittel veranschlagt seien. Grund hierfür sei, dass diese Baumaßnahme nach den vom Gemeinderat beschlossenen Prioritäten erst an dritter Stelle stehe. Für die Mehrzweckhalle Oßweil und die Oststadtsporthalle stünden jedoch Planungsmittel zur Verfügung.

Stadtrat **Weiss** begründet den Antrag seiner Fraktion, Vorl. Nr. 511/14 und verweist dabei auf einen Brief des Stadtteilausschusses Poppenweiler. Da das DRK und der RKV immer noch keine langfristige Unterbringungsmöglichkeit hätten, sei hier ein großer Bedarf vorhanden. Außerdem sei Poppenweiler der einzige Stadtteil ohne eine Sporthalle.

Stadtrat **Herrmann** erinnert daran, dass der Gemeinderat eine klare Reihenfolge beschlossen habe und plädiert dafür, keine Planungsraten einzustellen wenn wie bei der Sporthalle Poppenweiler die Realisierung in den nächsten 3 bis 4 Jahren noch nicht absehbar sei.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** schildert, dass mit dem kürzlich gefassten Beschluss zur Hohenecker Halle bereits eine Priorisierung vorgenommen worden sei. Da die Oststadthalle unter anderem aufgrund der Einbindung in den Entwicklungsbereich bald umgesetzt werden solle, sehe sie keine Notwendigkeit für eine Planungsrate für die Sporthalle Poppenweiler. Außerdem regt sie an, die komplette Hallenproblematik nochmals ausführlich im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vorzustellen oder zu besichtigen.

Stadträtin **Liepins** spricht sich für eine zeitnahe Realisierung der Oststadthalle aus, da dies schon sehr lange beschlossen sei. Bezüglich der Sporthalle Poppenweiler weist sie darauf hin, dass zunächst mit einem Bebauungsplanverfahren begonnen werden müsse. Insofern sei eine Planungsrate zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich.

OBM **Spec** bestätigt, dass die Aufstellung eines Bebauungsplans im Bereich der Sporthalle Poppenweiler sinnvoll sei. Der Standort für die Oststadthalle sei bereits in eine umfassende städtebauliche Konzeption mit einbezogen worden. Zur Mehrzweckhalle Oßweil seien schon intensive Untersuchungen durchgeführt worden. Im 1. Halbjahr 2015 werde die Vorstellung in den gemeinderätlichen Gremien sowie eine Beteiligung der Bürgerschaft erfolgen. Auch hier werde die Baumaßnahme in eine abgestimmte Gesamtkonzeption eingebunden.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass zum Standort der Oststadtsporthalle noch keine Entscheidung getroffen worden sei.

Stadtrat **Eisele** berichtet, dass das Dach und die Elektrik der Mehrzweckhalle Oßweil in einem sehr schlechten Zustand seien und deswegen eigentlich auch eine Baurate erforderlich sei. Der Antrag der FPD-Stadträte ziele lediglich darauf ab, dass jetzt im Jahr 2015 auch tatsächlich in die Planung eingestiegen werde.

OBM **Spec** betont, dass zur Oßweiler Mehrzweckhalle bereits sinnvolle Vorarbeit geleistet worden sei. Die Unterlagen hierzu würden demnächst in den Gremien vorgestellt.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) gibt bekannt, dass in dem Haushaltsplanentwurf für 2015 Planungsmittel für die Mehrzweckhalle enthalten seien. Für die Oststadtsporthalle sei erst 2016 eine Planungsrate vorgesehen.

Stadtrat **Weiss** spricht sich dafür aus, bereits für 2015 eine Planungsrate für die Oststadtsporthalle einzustellen.

Stadtrat **Juraneck** stellt im Namen seiner Fraktion den folgenden Antrag zum Tausch der beiden Planungsraten:

Im Haushalt für das Jahr 2015 wird eine Planungsrate in Höhe von 125.000,- Euro für die Oststadtsporthalle eingestellt (bisher erst in 2016 vorgesehen).

Die Planungsrate in Höhe von 125.000,- Euro für die Mehrzweckhalle Oßweil wird im Gegenzug in den Haushalt 2016 verschoben (bisher im Jahr 2015 vorgesehen).

Außerdem stellt Stadtrat **Weiss** im Namen seiner Fraktion den folgenden Antrag:

Für die Sporthalle Poppenweiler wird im Jahr 2016 eine Planungsrate in Höhe von 125.000,- Euro eingestellt.

Abschließend lässt OBM **Spec** über den Antrag der SPD-Fraktion sowie über den Antrag der FW-Fraktion (siehe Tagesordnungspunkt 2.2.32) abstimmen.

**TOP 2.2.32**

**Sporthallen (Mehrzweckhalle Oßweil,  
Oststadtsporthalle, Sporthalle Poppenweiler)  
- Antrag der FW-Fraktion vom 19.11.2014**

**Vorl.Nr. 511/14**

---

**Abweichender Antragstext:**

Für die Sporthalle Poppenweiler wird im Jahr *2016* eine Planungsrate in Höhe von 125.000,- Euro eingestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube  
Stadtrat Dr. Schwytz  
Stadträtin Dr. Knoß

Ja 18 Nein 14 Enthaltung 2

### **Beratungsverlauf:**

Die Anträge Vorl. Nr. 476/14 (SPD-Fraktion), 511/14 (FW-Fraktion) sowie 522/14 (FDP-Stadträte) werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.31.

---

#### **TOP 2.2.33**

#### **Verwendung der Planungsrate Mehrzweckhalle Oßweil - Antrag der FDP-Stadträte vom 19.11.2014**

**Vorl.Nr. 522/14**

---

### **Beratungsverlauf:**

Die Anträge Vorl. Nr. 476/14 (SPD-Fraktion), 511/14 (FW-Fraktion) sowie 522/14 (FDP-Stadträte) werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Der Antrag der FDP-Stadträte ist mit der Beratung und Beschlussfassung zum Antrag der SPD-Fraktion, Vorl. Nr. 476/14, erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.31.

---

#### **TOP 2.2.34**

#### **Reduzierung von Planungskosten - Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2014**

**Vorl.Nr. 466/14**

---

### **Beratungsverlauf:**

#### Ziffer 1 – Bürgerbüro der Zukunft

OBM **Spec** geht kurz auf die Ideen zum „Bürgerbüro der Zukunft“ sowie zur Nachnutzung des Gebäudes in der Oberen Marktstraße ein. Die Verwaltung werde hierzu im 1. Halbjahr 2015 berichten. Die veranschlagten Planungskosten seien bereits im Haushalt 2014 enthalten gewesen und werden lediglich übertragen.

Stadtrat **Herrmann** gibt bekannt, dass der Antrag seiner Fraktion hinsichtlich der Planungskosten für das Bürgerbüro der Zukunft (Ziff. 1 der Vorl. Nr. 466/14) erledigt sei. Ergänzend dazu bittet er auch um einen Bericht zu der Situation der städtischen Töchter, insbesondere zu Aufgaben, die diese für die Stadt erfüllen.

#### Ziffer 2 – Sanierung Wilhelmstraße 1 - 5

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erläutert, dass es sich hierbei um keine Planungskosten handle. Stattdessen seien die 50.000,- Euro die letzte Rate für Baumaßnahmen für die energetische Sanierung dieser Gebäude.

Die Ziffer 2 des Antrags ist damit erledigt.

**Abweichender Antragstext:**

Wie bereits beschlossen ist für die Ertüchtigung des Franckstegs ein Betrag i. H. v. 105.000,- Euro einzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen und gemeinsam mit dem gleichlautenden Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU), Vorl. Nr. 524/14.

Der Antrag wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube

Ja 35 Nein 0 Enthaltung 1

**Beratungsverlauf:**

Die Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 510/14, wird im Sachzusammenhang gemeinsam mit dem Antrag von Stadträtin Burkhardt, Vorl. Nr. 524/14, zur Beratung aufgerufen.

Einleitend begründet Stadtrat **Weiss** kurz den Antrag seiner Fraktion zur Ertüchtigung der Aufzüge am Francksteg, die bereits besprochen und beschlossen worden sei.

OBM **Spec** regt an, dass zunächst die Gespräche abgewartet werden sollen, die EBM Seigfried zur Zeit mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürger führe. Anschließend werde die Verwaltung den Gemeinderat über die Ergebnisse informieren.

Stadtrat **Link** bemängelt, dass am Francksteg kein Aufzug funktionieren würde und spricht sich für die Ertüchtigung aus.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) stellt klar, dass auch die Aufzüge der Deutschen Bahn zur Verfügung stehen. Da diese aber sehr störanfällig seien, werde eine Sanierung erfolgen. Zu dem in den Anträgen genannten Betrag in Höhe von 70.000,- Euro wendet er ein, dass dieser lediglich für die Inbetriebnahme benötigt werde. Für den laufenden Betrieb seien zusätzlich circa 45.000,- Euro jährlich erforderlich. Für das Haushaltsjahr 2015 könnten seines Erachtens circa 105.000 Euro ausreichen.

OBM **Spec** erinnert daran, dass die Aufzüge damals mit Bau des Westportals aufgegeben worden seien. Er ist der Meinung, dass man erst mit den betroffenen Menschen reden sollte um herauszufinden, ob überhaupt eine Notwendigkeit für die Aufzüge am Francksteg bestehe.

Stadträtin **Liepins** führt aus, dass dieses Thema bereits im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten und einstimmig beschlossen worden sei. Außerdem habe das Gremium der Verwaltung den Auftrag erteilt, Gespräche mit der Bahn zu führen.

Zu der angesprochenen Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt erklärt **BM Ilk**, dass es sich dabei um keinen formalen Beschluss gehandelt habe, da die Beratung außerhalb der Tagesordnung erfolgt sei.

Stadtrat **Gericke** verdeutlicht, dass es um die Umsetzung des BTU-Beschlusses gehe. Er halte die Reaktivierung der Aufzüge für eine dringende und bedeutende Maßnahme.

Stadtrat **Rothacker** bestätigt, dass der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt die Ertüchtigung der Aufzüge einstimmig beschlossen habe. Allerdings sei beschlossen worden, nur 2 der Aufzüge wieder in Betrieb zu nehmen. Deswegen seien auch nicht 45.000 Euro für den laufenden Betrieb erforderlich.

Stadträtin **Burkhardt** betont, dass die Beratung in der BTU-Sitzung zu einem von ihr gestellten Antrag erfolgt sei und die Verwaltung eine entsprechende Vorlage zugesagt habe. Ihrer Ansicht nach müsse sich die Bahn an den Kosten beteiligen.

Herr **Kohler** stellt heraus, dass die Ertüchtigung der Aufzüge langfristig nur Sinn mache, wenn auch alle 3 Aufzüge in Betrieb genommen würden.

OBM **Spec** erinnert daran, dass die Aufzüge im Rahmen eines Konsolidierungspaketes nach Beschluss des Gemeinderates außer Betrieb genommen worden seien. Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt könne die Ertüchtigung der Aufzüge ohne Kostenkenntnis und ohne vorhandene Haushaltsmittel nicht beschließen. Aufgrund der Erläuterung durch Herrn Kohler weist er darauf hin, dass die Antragstexte dahingehend geändert werden müssten, dass 105.000 Euro eingestellt werden.

Die FW-Fraktion und Stadträtin Burkhardt ändern daraufhin ihre Anträge auf einen Betrag von 105.000 Euro.

Abschließend ruft OBM **Spec** zur gemeinsamen Abstimmung über die beiden abweichenden Anträge auf.

## **TOP 2.2.36**

### **Dauernde Aktivierung der Aufzüge am Francksteg - Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 19.11.2014**

**Vorl.Nr. 524/14**

---

#### **Abweichender Antragstext:**

Wie bereits beschlossen ist für die Ertüchtigung des Franckstegs ein Betrag i. H. v. *105.000,- Euro* einzustellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen und gemeinsam mit dem gleichlautenden Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 510/14.

Der Antrag wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf

Ja 35 Nein 0 Enthaltung 1

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) wird im Sachzusammenhang gemeinsam mit dem Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 510/14, zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.35.

**TOP 2.2.37**

**Aufstockung des Ansatzes für den Radwegebau  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
19.11.2014**

**Vorl.Nr. 484/14**

---

**Antragstext:**

1. Der Ansatz für die Finanzierung des Radwegebaus wird für 2015 um 500.000 Euro aufgestockt.
2. In der mittelfristigen Finanzplanung sind vorerst 1,3 Mio. Euro vorzusehen.

Seite im HH-Plan: Seite 299  
Teilhaushalt: 67 – FB Tiefbau und Grünflächen  
Produktgruppe: Gemeindestraßen – Radwegebau  
Betrag: 500.000 Euro  
(800.000 Euro in der Mittelfristigen Finanzplanung)

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube  
Stadtrat von Stackelberg  
Stadtrat Köhle

Ja 10 Nein 19 Enthaltung 5

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 484/14, wird im Sachzusammenhang gemeinsam mit dem Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 502/14 (siehe Tagesordnungspunkt 2.2.38), zur Beratung aufgerufen.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) plädiert dafür, bei dem jetzt eingestellten Ansatz zu verbleiben. Zusätzlich zu dem Haushaltsansatz über 500.000 Euro sei auch eine

Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 veranschlagt, sodass auch große Aufträge vergeben werden könnten. Die Umsetzung der Maßnahmen könnten zudem nicht immer so schnell erfolgen, da die Verwaltung zunächst Zuschussanträge stellen müsse.

Stadtrat **Gericke** begründet den Antrag seiner Fraktion damit, dass das Radwegenetz in Ludwigsburg endlich zukunftsfähig werden müsse. Dafür sollten möglichst schnell die empfohlenen Maßnahmen umgesetzt werden.

Stadtrat **Weiss** legt dar, dass einige der geplanten Maßnahmen unnötig seien. Zum Beispiel werde die Marbacher Straße nicht oft vom Radverkehr genutzt und müsse für den Straßenverkehr erhalten bleiben.

Stadtrat **Heer** erklärt für die FDP, dass der vorgesehene Ansatz nicht gekürzt werden solle. Eine Erhöhung sei aufgrund der Erläuterung der Verwaltung ebenfalls nicht erforderlich.

Stadtrat **Juranek** weist darauf hin, dass die Marbacher Straße z. B. am Wochenende von sehr vielen Radfahrern genutzt werde.

Sodann lässt OBM **Spec** über die beiden Anträge abstimmen.

---

**TOP 2.2.38****Radwegebau - Kürzung der jährlichen Auszahlungen  
um 100.000 €  
- Antrag der FW-Fraktion vom 19.11.2014****Vorl.Nr. 502/14**

---

**Antragstext:**

Die jährliche Auszahlungen für Baumaßnahmen Radwege sind jährlich i. H. v. 100.000,--€ zu kürzen.

Seite im HH-Plan: 299  
Teilhaushalt: 67  
Produktgruppe: A 54106700  
Betrag: 100.000,-- Euro

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube  
Stadtrat von Stackelberg  
Stadtrat Köhle

Ja 6 Nein 28 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 502/14, wird im Sachzusammenhang gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 484/14, zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.2.37.

**TOP 3**

**Vergnügungssteuer**

**Vorl.Nr. 440/14**

**Neufassung der Vergnügungssteuersatzung**

**-Änderung von Steuertatbeständen auf dem Gebiet  
der sexuellen Vergnügungen**

**-Änderung des Rechtsbegriffs „Veranstaltungsfläche“  
Inkrafttreten der Änderungen auf 01.01.2015**

---

**Beschluss:**

Die Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) wird in der vorgelegten Neufassung (siehe Anlage zur Vorl. Nr. 440/14) beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube  
Stadtrat von Stackelberg  
Stadtrat Köhle  
Stadträtin Liepins  
Stadträtin Haberzeth-Grau

Ja 31 Nein 0 Enthaltung 1

**Beratungsverlauf:**

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) stellt einleitend kurz die Inhalte der beiden Vorlagen Nr. 440/14 sowie 549/14 vor. Auf Nachfrage von Stadtrat **Dr. Vierling** erläutert er, dass die Änderung des Begriffs der Veranstaltungsfläche (siehe Ziff. 1.3 der Begründung zur Vorl. Nr. 440/14) aufgrund der aktuellen Rechtsprechung erforderlich gewesen sei. Dies führe zwar zu einer Verringerung des Steueraufkommens, allerdings lediglich in untergeordneter Höhe.

Sodann ruft OBM **Spec** zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 440/14 und 549/14 auf.

**Beschluss:**

Die Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) in der mit der Vorlage 440/14 vorgelegten Neufassung wird noch wie folgt ergänzt:

## § 8 Steuersatz

(1) Der Steuersatz beträgt

1. bei der Spielgerätesteuernach § 2 Abs. 1 Nr. 1

- a) bei Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit **5,0 vom Hundert** des Spieleinsatzes,
- b) bei Spielgeräten ohne Gewinnmöglichkeit 20,0 vom Hundert des Spieleinsatzes

Die übrigen Regelungen bleiben unverändert.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Seybold (entschuldigt; beruflich verhindert)  
Stadtrat Thomas Lutz  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube  
Stadtrat von Stackelberg  
Stadtrat Köhle  
Stadträtin Liepins  
Stadträtin Haberzeth-Grau

Ja 30 Nein 0 Enthaltung 2

**Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Vergnügungssteuer, Vorl. Nr. 489/14, ist durch die Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 549/14 angenommen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.